

Zusatzklärung zur Auftragsdatenvereinbarung der Stadtwerke Sondershausen GmbH (Stand: 10/2016)

Geheimhaltung, Datenschutz, Auftragsdatenverarbeitung und Sicherheit

1. Der Auftragsnehmer (AN) verpflichtet sich, alle Informationen, die ihm der Auftraggeber (AG) im Zusammenhang mit dem Auftrag zugänglich macht, uneingeschränkt vertraulich zu behandeln und ausschließlich zur Erfüllung des Vertrages zu verwenden. Vertrauliche Informationen im Sinne dieser Bestimmung sind Unterlagen, Angaben, Daten sowie sonstige Informationen, die als solche bezeichnet oder ihrer Natur nach als vertraulich anzusehen sind.
2. Der AN verpflichtet sich, nur solchen Mitarbeitern sowie Nachauftragnehmern und Lieferanten Zugang zu vertraulichen Informationen des AG zu gewähren, die mit der Leistungserbringung im Rahmen dieses Vertrages betraut sind und sich in gleicher Weise zur Geheimhaltung verpflichtet haben. Die Weitergabe der Verpflichtung hat der AN dem AG auf Verlangen nachzuweisen. Etwaige Berechtigung zur Begründung von Unterauftragsverhältnissen bedürfen der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung zwischen dem AG und dem AN.

Alle vom AG übergebenen Informationen bleiben Eigentum des AG. Gleiches gilt für Kopien, auch wenn sie vom AN angefertigt werden.

Die vom AG übergebenen Informationen sind nach Durchführung des Vertrages auf Verlangen des AG oder spätestens nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche vollständig, unaufgefordert an den AG zurückzugeben oder nach dessen Wahl zu vernichten. Es sei denn, gesetzliche Aufbewahrungsfristen stehen entgegen.

3. Der AN ist verpflichtet, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz (z. B. Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), Telekommunikationsgesetz) zu beachten sowie ihre Einhaltung zu gewährleisten und zu überwachen. Er hat diese Verpflichtungen allen von ihm mit der Durchführung des Vertrages beauftragten Personen aufzuerlegen. Dies gilt insbesondere für die Verpflichtung auf das Datengeheimnis. Der AN verpflichtet sich, auf das Verlangen des Datenschutzbeauftragten des AG gegenüber, die Weitergabe dieser Verpflichtung, in der nach den gesetzlichen Bestimmungen erforderlichen Form nachzuweisen.
4. Der AN verarbeitet personenbezogene Daten nur im Rahmen des Auftrages und der Weisungen des AG nach § 11 BDSG. Die Vorschriften zur Auftragsdatenvereinbarung gelten ferner entsprechend, wenn die Prüfung oder Wartung automatisierter Verfahren oder von Datenverarbeitungsanlagen vom AN vorgenommen wird und dabei ein Zugriff auf personenbezogene Daten nicht ausgeschlossen werden kann (§11 Abs. 5 BDSG). Für die Beurteilung der Zulässigkeit der Datenvereinbarung sowie für die Wahrung der Rechte der Be-

troffenen nach den Datenschutzgesetzen (Anspruch auf Auskunft, Berichtigung, Löschung usw.) ist der AG als verantwortliche Stelle zuständig.

Der AN gewährleistet im Bereich der auftragsgemäßen Datenvereinbarung einen hinreichenden Datenschutz um die Vertraulichkeit, die Verfügbarkeit und die Richtigkeit der Daten zu gewährleisten und sorgt seinerseits für die Einhaltung der erforderlichen technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen zum Datenschutz nach § 9 BDSG. Der AN führt die von ihm vorzunehmenden Kontrollen gemäß § 11 Abs. 4 BDSG durch und dokumentiert deren Ergebnis.

Der AG ist jederzeit berechtigt, die weisungsgemäße Verarbeitung der Daten und die Einhaltung der getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Datenschutz zu prüfen. Der AN ist verpflichtet, die zur Auftragskontrolle erforderlichen Informationen zu geben und die notwendigen Zutritts-, sowie Einsichts- und Zugriffsrechte zu gewähren. Der AG kann sich vor Beginn der Datenverarbeitung und sodann regelmäßig von der Einhaltung beim AN getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen überzeugen. Der AN wirkt hierbei im Rahmen des Erforderlichen mit.

5. Die Korrespondenz mit dem Betroffenen gemäß §§ 34, 35 BDSG wird vom AG geführt. Hinsichtlich der Durchführung von Berechtigung, Löschung und Sperrung von Daten nach § 35 BDSG arbeitet der AN auf Weisung des AG.
6. Der Zugriff von Datenbeständen von Mitarbeitern und Kunden wird nur soweit und in dem Umfang eingeräumt, als er zur ordnungsgemäßen Arbeitsabwicklung erforderlich ist.
7. Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses dürfen die überlassenen personenbezogenen Daten vom AN nur weiter gespeichert oder in anderer Form aufbewahrt werden, sofern gesetzliche oder vertragliche Aufbewahrungsfristen die weitere Aufbewahrung fordern. Ansonsten werden Unterlagen mit personenbezogenen Daten entweder dem AG nebst aller überlassener Datenträger ausgehändigt oder - nach Rücksprache mit AG - von dem AN datenschutzgerecht gelöscht oder vernichtet.
8. Der AN unterrichtet den AG unverzüglich bei allen Anzeichen für einen Verstoß gegen Regelung der Datenschutzvorschriften oder dieser Zusatzerklärung.
9. Der AG kann ganz oder teilweise vom Vertrag zurücktreten, wenn der AN seinen Pflichten gemäß diesem Abschnitt „Datenschutz, Auftragsdatenverarbeitung, Geheimhaltung und Sicherheit“ innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nicht nachkommt oder Datenschutzvorschriften vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt. Der AN haftet dem AG für alle Schäden, die dem AG aus der Verletzung seiner Verpflichtung erwachsen.
10. Die Pflichten aus den Ziffern 1.-9. werden von der Beendigung des Vertrages nicht berührt.